

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

31.1.1902 (No. 30)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 31. Januar.

№ 30.

1902.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Ein Stückungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karls. Ztg.“ — gestattet.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 19. Januar d. J. gnädigst geruht, die auf den Professor Dr. Buhl gefallene Wahl zum Prorektor der Universität Heidelberg für das Studienjahr von Ostern 1902 bis dahin 1903 zu bestätigen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Der Erlaß des Reichsmarineamts.

* Berlin, 30. Januar.

Unter Bezugnahme auf den im „Vorwärts“ abgedruckten Erlaß des Staatssekretärs des Reichsmarineamts veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Wortlaut dieser Verfügung. Derselbe lautet:

Bei Aufstellung der Berechnungen zum jetzigen Flottenetat diente als Grundlage für die Gesamtentwicklung der Marine lediglich der Gesichtspunkt, jährlich eine gleiche Anzahl von Schiffen in Bau zu geben, und zwar wurde das jährliche Bautempo auf

- 2 Linienschiffe,
- 1 großen Kreuzer,
- 3 kleine Kreuzer

festgesetzt.

Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indiensthaltungen, im Besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Aufbau der Schiffsflotte, mußte in den Berechnungen vorläufig außer Acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffsbestand entsprechende Steigerung der Indiensthaltungen für die Jahre 1905 bis 1910 so hohe Bedarfszahlen für die „fortdauernden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolge dessen auf's äußerste gefährdet worden wäre.

Nach den bisherigen Absichten soll dem Reichsetat im Winter 1904/1905 eine Novelle zum Flottengesetz vorgelegt werden.

Der Inhalt der Novelle selbst wird sich zwar nur auf die zahlenmäßige Vermehrung der Auslandsschiffe erstrecken, die beizuführende Begründung aber wird

1. den Schiffsbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910),
2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtkosten der Marine innerhalb dieser Bauperiode (1906 bis 1910) geben müssen.

Falls im Winter 1904/1905 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwicklung der Indiensthaltungen in den Jahren 1906 bis 1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der „fortdauernden Ausgaben“ in den Berechnungen vorzulegen.

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „fortdauernden Ausgaben“ seiner Zeit in der Reichstagsvorlage in Aussicht genommen werden kann, ist eine etatspolitische Frage, deren Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

Von größter Wichtigkeit aber ist es, baldmöglichst klare Anschauungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Indiensthaltungen nach Maßgabe des zu beschaffenden Berufspersonals bis zum Jahre 1910 einschließlich bei normaler Entwicklung möglich ist, und welche Geldmittel dazu erforderlich sind.

Zu diesem Zwecke ersuche ich, im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Gruppen des Hauses:

1. einen Indiensthaltungsplan nach Maßgabe des 1910 verfügbaren Schiffsbestandes und des bis 1910 bereit zu stellenden Berufspersonals (Kapitel 52),
2. den Gesamtbedarf an Militärpersonal (Kapitel 51) zur Durchführung dieses Indiensthaltungsplanes aufzustellen und mir vorzulegen.

Als Mutter für den Indiensthaltungsplan ist der alljährlich für den Etat aufgestellte Indiensthaltungsplan unter namentlicher Aufzählung der einzelnen Schiffe bezw. Angabe des Schiffstyps zu bemerken, damit nach diesem Plan Kapitel 52 berechnet werden kann.

Eine Schiffsliste der im Jahre 1910 dienstbereiten Schiffe hat bei:

1. das jetzige Bautempo von jährlich 2 Linienschiffen, 1 großen Kreuzer und 3 kleinen Kreuzern auch von 1906 bis 1910 beizubehalten wird,
2. Linienschiffe und große Kreuzer 5 Jahre, kleine Kreuzer 4 Jahre, Torpedoboots-Divisionen 3 Jahre nach der Vermittlung ihre Probefahrten beendet haben und dienstbereit sind.

Bei Aufstellung des Indiensthaltungsplanes ersuche ich, im Besonderen folgendes zu erwägen:

- A. Auslandsschiffe.
Wir werden bis zum Jahre 1910, also für 8 Jahre, mit einer erheblichen Steigerung der Auslands-Indiensthaltungen rechnen müssen.
Sollt ein Zableu und unter B. ein Verzeichnis der künftigen Schiffsflotte.)

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts,
gez. v. Tirpitz.

Die vorstehende Verfügung beauftragt die Departements- und Abteilungen des Reichsmarineamts, in die Vorarbeiten einzutreten für die im Winter 1904/5 seitens der Verbündeten Regierungen zu stellende Nachforderung

der seinerzeit abgelehnten Auslandsschiffe. Darüber daß im Winter des Jahres 1904 5 eine derartige Vorlage in Aussicht genommen war, deren finanzielle Konsequenzen zuerst im Etatsjahr 1906/7 eintreten würden, ist seitens der Regierungsvertreter im Plenum des Reichstags gelegentlich der Beratungen des Flottengesetzes kein Zweifel gelassen worden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ drückt dann folgende Auslassungen des „Vorwärts“ zu dem Erlaß des Staatssekretärs ab:

„Das vorstehende Attestat entwirft ein erschreckendes Bild von den moralischen Auffassungen, die der nachdrücklichste Marine-Absolutismus dem Reichstag und dem Volke gegenüber beibehält. Der Reichstag wird gerade nur für werth gehalten zu zahlen und — größtenteils dupirt zu werden. In erster Linie ist es ja das Centrum, das auf diese Weise zum Narren gehalten worden ist.“

Der Inhalt der Verfügung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, sowie die Rede desselben im Plenum des Reichstags vom 6. Juni 1900, deren Wortlaut die „Nordd. Allg. Ztg.“ nochmals wiedergibt, widerlegen den Ausfall des „Vorwärts“ in einer solchen Weise, daß weitere Worte hierüber nicht zu verlieren sind.

Ausgleichung der Gegensätze.

— Wien, 28. Januar.

Seit einigen Tagen herrscht auf unserem tief durchwühlten und fortwährenden Erschütterungen ausgelegten innerpolitischen Boden erquickende Ruhe. Die Einen schreiben sie dem wirklichen Friedensbedürfnis der gesamten Bevölkerung — die politischen Parteien inbegriffen — zu, die sich sowohl nach Innen wie nach Außen durch die Fortdauer oder Wiederaufnahme des Kampfes wirtschaftlich bedroht sieht, während die Anderen sie als die „Ruhe vor dem Kampfe“ bezeichnen. Es mehren sich jedoch die Symptome, daß diejenigen Beschwerdepunkte zwischen Czechen und Deutschen, die nicht staatsrechtlicher, sondern kultureller Natur sind, wenngleich sie selbstverständlich auf die Stellung der beiden Nationen im Reich wesentlich Einfluß besitzen, einer Lösung nahe sind.

Wenigstens werden die gegensätzlichen Anschauungen nicht mehr mit der früheren Schärfe hervorgehoben, ja es mehren sich sogar die Stimmen, die eine friedliche Ausgleichung als möglich darstellen. Zwei Hauptpunkte sind es, die in dieser Beziehung in Frage kommen: die czechische Universität in Brünn und die interne czechische Amtssprache in Böhmen. Die Czechen haben eine Universität in Brünn begehrt. Das hieße nun freilich in die Deutsche Stadt eine Dynamitpatrone hineinlegen und es ist beargwöhnt, daß es nicht bloß vom deutsch-nationalen Standpunkte aus, sondern um des staatlichen Interesses willen nicht anginge, in solcher Weise den Keim gefährlicher Ruhestörungen in das Industrieemporium der Monarchie hineinzutragen, nachdem schon die czechische Technik genugsam unliebsamen Elements in die mährische Landeshauptstadt gebracht hat. Andererseits kann man doch eine kulturelle Forderung schwer zurückweisen. Es scheint nun, daß es dem Unterrichtsminister Sartel gelungen sei, eine Lösung dieser dornigen Frage herbeizuführen, die den Czechen wie den Deutschen genehm sein kann — freilich auf Staatskosten. Aber da der Staat um des lieben Friedens willen, nur um ein Jahr Ruhe zu haben, 700 Millionen Kronen für Investitionen bewilligt hat, wird er die Kosten doch auf sich nehmen können, um durch Befriedigung nationaler Ansprüche die Basis zu schaffen, die die Behandlung der wichtigen Ausgleichsfragen ermöglicht, und da kommt es dann wahrlich nicht darauf an, statt der einen von den Czechen begehrten Universität gleich zwei in's Leben zu rufen: eine czechische in einer czechischen Stadt Mährens und eine deutsche in einer deutschen Stadt der Markgrafschaft. Es schadet dem Reich gar nicht, wenn die Bildungsjährten vermehrt werden und wenn dem Zusammenfluß so vieler Studenten an einer einzigen Universität entgegen gewirkt wird.

Der zweite Friedenspreis ist, wie erwähnt, die innere czechische Amtssprache. Der Alexander hat sich noch nicht gefunden, der diesen gordischen Knoten lösen würde. Aber ihn nicht zu zerhacken, sondern zu entwirren, und seine beharrliche Arbeit hat wenigstens so viel bereits jetzt zu Stande gebracht, daß auf beiden Seiten schon einige werthvolle Konzessionen als möglich hingestellt werden. Dem alldeutschen Extrem, das den unbedingten Gebrauch der deutschen Sprache allein gelten lassen will, steht das czechische Extrem entgegen, das die volle Zweisprachigkeit bei allen böhmischen und bei den Reichsbehörden verlangt. Dazwischen gibt es nun eine Reihe von Abstu-

lungen. Die Gemäßigten unter den Deutschen verlangen in Böhmen eine völlige territorial-nationale Abgrenzung, worauf dann im deutschen Gebiete die deutsche, im czechischen die czechische innere Amtssprache gelten soll, in den gemischten aber beide. Diese nationale Abgrenzung geht jedoch den Czechen noch wider den Strich. Sie sehen darin ganz unbegründeter Weise eine Landeszerreißung. Da aber andererseits die Einheitsvollen unter ihnen zugeben müssen, daß man in deutschen Bezirken nicht die czechische innere Amtssprache anwenden kann, so werden sie von selbst zur Erkenntnis gedrängt, daß sie der nationalen Abgrenzung keinen Widerstand entgegenzusetzen dürfen, wenn sie ihre eigenen Ziele erreichen wollen. Ist aber dies Zugeständnis gemacht, dann kann auch der zweite Friedenspreis als erledigt betrachtet werden. Der ruhige Verlauf der Verhandlungen in der Budgetkommission und die Nichtberufung des Parlamentes deuten darauf hin, daß die Arbeit, die Fäden des gordischen Knotens zu entwirren, noch im Gange ist und man darf die Hoffnung aussprechen, daß der vorsichtigen, geduldigen, ausdauernden Arbeit Koerber's das Gelingen werde, was der gewaltthätigen und rücksichtslosen oder ungeduldigen Politik seiner Vorgänger mißlingen mußte.

Wenn, wie zu hoffen ist, der Waffenstillstand zwischen Deutschen und Czechen hergestellt sein wird, beginnt der Kampf mit Ungarn. Auch für diese Schlacht werden die Vorbereitungen bereits getroffen.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 29. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Abg. Dr. Barth (freis. Ver.): Weitere Erörterungen über den Gegenstand seien nach der Geschichte der vorliegenden Anträge überflüssig. Der Regierung sei eine bequeme Gelegenheit geboten, durch einfache Zustimmung zu dem Antrage einen wichtigen Fortschritt zu thun.

(Es handelt sich um die gleichlautenden Anträge Nidert und Gröber betreffend Abänderung des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 [Schutz des Wahlheimnisses].)

Abg. Kirsch (Centr.) befürwortet die Annahme beider Anträge.

Abg. v. Tiedemann (Reichsp.): Seine politischen Freunde würden gegen die Anträge stimmen, halten aber die Ueberweisung an eine Kommission für erwünscht. Nidert verließ eine Erklärung Windthorst's aus dem Jahre 1867, in der dieser den entgegengesetzten Standpunkt in dieser Frage vertritt, als das Centrum heute.

Abg. v. Komierowski (Pole) tritt für den Antrag ein.

Abg. Wassermann erklärt sich für Kommissionsberatung.

Abg. Auer (Soz.): Das einfachste Mittel, das Wahlheimnis zu wahren, wäre, daß die Parteien vor der Wahl sich darüber einigen, den Wählern Stimmzettel zu vertheilen, die sich an Farbe, Größe und Format völlig gleichen. Auer erklärt an Beispielen von Wahlbeeinflussungen die Nothwendigkeit einer Abänderung des Wahlgesetzes.

Abg. v. Lebehorn (Konf.) bemerkt, die Ausführungen Auer's gehörten größtentheils nicht zur Sache. Die Konservativen verwerfen die Anträge und halten an den Bestimmungen der Verfassung fest.

Abg. Beckh-Koburg (freis. Volksp.) betont die Nothwendigkeit einer Aenderung gegen die herrschenden Mißstände. Damit schließt die Diskussion.

Auf Antrag Padonide wird der Antrag Tiedemann auf Ueberweisung an eine Kommission gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Der Antrag Gröber und Nidert wird hierauf angenommen. Daran schließt sich die Beratung des Toleranzantrages des Centrums auf Grund des Kommissionsberichts. Der Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky tritt den Saal.

Zu dem Antrag Lieber liegt ein Antrag Sattler (nat.-lib.) vor, dem § 1 der Kommissionsfassung hinzuzufügen: Der Erlaß von Gesetzen betreffend Ausführung vorstehenden Grundgesetzes der Freiheit der Religionsübung ist bis zum Erlasse eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten.

Ferner ist zu § 25 ein Antrag Albrecht eingegangen, der Religionsunterricht soll in allen Schulen Deutschlands in Fortfall kommen.

Abg. Fischer (Centr.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Abg. Schrader (freis. Ver.) erklärt, das Gesetz, das seine Partei unterstütze, werde hoffentlich zur Förderung des konfessionellen Friedens beitragen.

Abg. Sieber (nat.-lib.) befürwortet seinen Antrag (gemeinsam mit Sattler): Wir haben den Zusatzantrag gestellt, um Konflikte zwischen Reich und den Einzelstaaten zu verhindern. Man gebe zu, daß der Antrag § 1 besonders mit unserem Zusatzantrag geeignet sei, einige vorjunktliche Reste der Gesetzgebung auf religiösem Gebiete zu beseitigen.

Abg. Graf Bernstorff (Reichsp.) führt aus: Ein großer Theil meiner Freunde hatte gegen den § 1 Bedenken, aber es handelt sich da um das wichtigste Recht des Menschen, seine Religion frei zu üben. Die Verwunderung, daß der Antrag gerade vom Centrum ausgeht, darf uns nicht abhalten, ihn auf seine innere Berechtigung zu prüfen. Selbstverständlich soll die freie Religionsübung an diejenigen Beschränkungen gebunden sein, die im allgemeinen Staatsinteresse liegen.

Staatssekretär Graf v. Posadowski: Der Reichs-
kanzler hat eine reichsgerichtliche Einwirkung für ausgeschlossen
erklärt. Es kann aber von keinem bestritten werden, daß es
in einem Bundesstaat, wo jeder Staatsangehörige eines jeden
Einzelstaates das Recht hat, seinen gesetzlichen Wohnort zu
wählen, und wo die Beamten ihren Aufenthalt wechseln müssen,
aus politischen und konfessionellen Gründen im höchsten Grade
wünschenswert ist, daß die Ungleichheiten auf kirchlichem Gebiete
möglichst klein sind. Aus diesem Gesichtspunkte hat sich der
Reichskanzler zunächst an die Mecklenburgische Regie-
rung gewandt mit der Anfrage, in wie weit den Wünschen, die
hier im Laufe geltend gemacht sind, Rechnung getragen werden
könne, und die Mecklenburgische Regierung hat auf diese An-
frage das weitestgehendste und bundesfreundliche Entgegen-
kommen gezeigt. Sie hat erklärt, daß sie entschlossen sei, durch
Gesetz, doch vorbehaltlich der näheren Formulierung, den An-
gehörigen der römisch-katholischen Kirche die freie
Religionsübung zu gewähren. Der Reichskanzler ist entschlossen,
sein Bemühen, auf diesem Gebiete durch bundesfreundliche Ver-
handlungen die noch bestehende Ungleichheit zu Ungunsten
der Katholiken zu beseitigen, auch in Zukunft fortzusetzen. Ich
bitte, abzuwarten, welche Folge dieses Vorgehen haben wird.

Mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Lang-
feldt schildert die Verhältnisse der Katholiken in Mecklenburg.
Es stehe eine Verordnung bevor, worin der katholischen Kirche
öffentliche Religionsübung mit allen Vorrechten zugesichert
werde.

Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter v. Crum-
murgdorf weist auf die Gesekentwürfe über die Parität der
evangelischen und katholischen Bevölkerung in Braunschweig
hin, die dem Landtage vorliegen und von diesem sicher ange-
nommen werden.

Abg. Büßing (nat.-lib.) begrüßt freudig die Erklärung
des mecklenburgischen Vertreters.

Abg. Dr. Wagem (Centr.) hofft, daß Sachen bald dem
Beispiele Mecklenburgs und Braunschweigs folgen werde und
spricht sich gegen den Antrag Heber aus.

Abg. Kunert (Soz.) weist darauf hin, daß die Erklärungen
des Regierungsvortreters ein Zugeständnis nur für die Katho-
liken, nicht aber für die Dissidenten bedeuten.

Schluß nach 6 Uhr.

* Berlin, 30. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortset-
zung der dritten Beratung der Brauntwein-
steuernebel, welche am 15. Mai 1901, am Tage
der Beratung des Reichstages abgebrochen werden
mußte, weil zur Beschlußfähigkeit eine Stimme fehlte.
Die Beratung sollte heute mit der namentlichen Abstim-
mung über Artikel 1, 2 beginnen, welcher besagt, die be-
stehenden Brennsteuerverordnungen werden bis zum 30. September
1902 unter Erhöhung um 50 Prozent forterhoben. Der
Präsident theilt mit, daß der Antrag auf namentliche Ab-
stimmung zurückgezogen sei. Artikel 1, 2 wird in ein-
facher Abstimmung abgelehnt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 30. Januar.

Nach dem gestrigen Gastspiel des Herrn Coquelin em-
pfingen die Höchsten Herrschaften denselben in dem
Logenraum des Großherzoglichen Hoftheaters und
sprachen ihm höchstühre große Befriedigung über die
außerordentlichen Leistungen seiner Künstlergesellschaft aus.

Heute Vormittag von 11 Uhr bis halb 1 Uhr nahm
Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des
Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geheimrats
Dr. Schenkel, entgegen. Darnach empfingen Ihre
königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großher-
zogin den Herrn Coquelin in besonderer Audienz.

Heute Nachmittag von halb 5 Uhr an hörte Seine
königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des
Generalleutnants und Generaladjutanten von Müller,
des Geheimen Legationsrats Dr. Freiherrn von Vabo
und des Legationsrats Dr. Seib. Hierauf besuchten die
Großherzoglichen Herrschaften mit Ihrer königlichen
Hoheit der Kronprinzessin Victoria das zweite Gastspiel
des Herrn Coquelin.

* (Die Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums
Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs) wird in
dieser Stadt in den Tagen vom 25. bis 28. April d. J.
(Freitag bis Montag) begangen werden. Die Bedeutung
dieser Feier seltenster Art, zu welcher sich Ver-
treter aller Bevölkerungsschichten, der verschiedenen Berufsstände,
Korporationen und Vereine aus dem ganzen Lande hier zu-
sammenfinden werden, um dem hohen Jubililar die Verehrung,
Liebe und Dankbarkeit seines Volkes kund zu geben, macht es
erforderlich, daß unsere Stadt an den oben erwähnten Tagen
würdigen Schmuck anlegt. Der Stadtrath richtet daher an
die Einwohnerlichkeit die freundliche Bitte, die Häuser während
der Feier festlich zu beklagen und auszumähen, dieselben
auch an dem Vorabend des Hauptfesttages, d. i. am Abend des
27. April, festlich zu beleuchten. Die Art der Aus schmückung
bleibt natürlich den einzelnen Hausbesitzern und Wohnungs-
inhabern vollständig anheimgegeben; für die Aus schmückung der
Fenster dürfte, wo die Verhältnisse es zulassen, die Verwendung
lebender Pflanzen eine hübsche Wirkung versprechen. Im Inter-
esse sowohl der Haus- und Wohnungsbesitzer als der betheiligten
Geschäftsleute wird empfohlen, die zur Verwendung kommenden
Decorationsgegenstände möglichst frühzeitig zu bestellen und
anfertigen zu lassen, auch über deren Preis genaue Verabredung
zu treffen. Für die einzelnen Stadttheile sind besondere Kom-
missionen gebildet, deren nachfolgend benannte Mitglieder sich
in freundlicher Weise bereit erklärt haben, den Haus- und
Wohnungsbesitzern hinsichtlich der Aus schmückung und hinsichtlich
des Bezugs von Decorationsgegenständen Rath zu ertheilen und
Vorschläge über die einheitliche Aus schmückung einzelner
Straßen und Häusergruppen zu machen. Der Stadtrath ersucht
die Haus- und Wohnungsbesitzer, die in der Aus schmückungsfrage
Rath und Auskunft bedürfen, sich gefälligst an die für den
betreffenden Stadttheil gebildete Kommission wenden zu wollen.
Für die Aus schmückung der Stadt sind folgende Kom-
missionen gebildet worden: Centralkommission: Stadtrath
Friedrich Hoepfner, Vorsitzender; Stadtrath Emil
Glaser, Robert Koele, Adolf Meiß, Wilhelm Schleich, Pro-
fessor Franz Sales Meyer, Architekt und Professor Friedrich
Nagel, Städtischer Garteninspektor Friedrich Riess. Kommission
für die Neustadt (umfassend das Gebiet östlich des
Durlacher Thores und die Kapellenstraße): Kaufmann und
Stadtvorordneter Otto Müller, Vorsitzender; Bildhauer Fidel

Wing, Ingenieur Franz Kres, Erzbischöflicher Bauinspektor
Johannes Schrotz, Biegeleisler Johannes Schuhmacher.
Kommission für die Altstadt (umfassend das Gebiet
zwischen Kreuzstraße [diese eingeschlossen] und dem Durlacher
Thor und zwischen Kreuzstraße und Schloßplatz): Stadtvorord-
neter und Privatmann Robert Hertog, Vorsitzender; Väter-
meister Friedrich Wenzler, Architekt und Stadtvorordneter
Karl Angewies, Buchhändler Ludwig Jahraus, Wagenfabri-
kant Karl Kautz, Lederhändler Wilhelm Krauß, Kaufmann
Christian Dertel, Kaufmann Wilhelm Meide, Kommission für
die Altstadt (umfassend das Gebiet zwischen Kreuzstraße
[diese eingeschlossen] und der Rheinbahn, sowie zwischen Kreuz-
straße [diese eingeschlossen] und dem Schloßbezirk bezw. Hard-
wald, jedoch ausschließlich der Waldstraße): Privatmann und
Stadtvorordneter Friedrich Vogt, Vorsitzender; Bankier August
Docht, stellvertretender Vorsitzender; Architekt Friedrich Meyer,
Bildhauer Karl Kuchberger, Architekt und Professor Friedrich
Nagel, Oberbaurath und Professor Adolf Weinbrenner, Wein-
händler und Stadtvorordneter Jakob Weiß, Bankier und General-
konsul Leopold Willstätter, Hoftheatermaler Albert Wolf. Kom-
mission für die Waldstraße: Buchbindermeister A. Otto
Schid, Vorsitzender; Hofkonditor Hermann Hilberbrand, Haupt-
lehrer Robert Jais, Birtlermeister Hermann Saße. Kom-
mission für die Südstadt (umfassend das Gebiet südlich der
Kreuzstraße [diese eingeschlossen] und östlich der Eitlinger-
straße [diese eingeschlossen]): Revierführer Wilhelm Metel,
Vorsitzender; Fabrikant Hermann Brand, Glasmaler und Stad-
tvorordneter Hans Trinneberg, Kaufmann Max Hofmeier,
Maurermeister und Stadtvorordneter August Kacroy, Buch-
druckermeister Friedrich Rang, Brunnenmacher Wilhelm Med,
Kantlerarchitekt und Stadtvorordneter Hermann Zeis. Kommission
für die Südweststadt (umfassend das Gebiet südlich der
Kreuzstraße [diese eingeschlossen] und westlich der Viertelmeier
Allee [diese eingeschlossen]): Privatmann und Stadtvorordneter
August Clever, Vorsitzender; Dekorationsmaler und Stadtvorord-
neter Karl Dieber, Fabrikant und Stadtvorordneter Oskar Edel-
mann, Architekt Wilhelm Peter, Architekt Hugo Elevoigt. Kom-
mission für die Weststadt (umfassend das Gebiet zwischen
der Rheinbahn und der Kreuzstraße [diese eingeschlossen] und
zwischen Kreuzstraße [diese eingeschlossen] und dem Hardwald):
Zimmermeister und Stadtvorordneter Jakob Friedrich Nagel,
Vorsitzender; Technischer Assistent und Stadtvorordneter
Ferdinand Gutting, Architekt Gottfried Jünker.

L (Gastspiel Coquelin-Durand) Kurz vor Abschluß
seiner deutschen Gastspielreise ist gestern der von seinen Lands-
leuten vergötterte und sonst überall mit Recht viel bewunderte
Senior der französischen Schauspielkunst mit dem Ensemble des
Théâtre de la Port St. Martin auch bei uns im Großherzog-
lichen Hoftheater aufgetreten. Es wurde Sandeau's Komödie
"Mademoiselle de la Seiglière" gespielt. Das komisch-
sentimentale Musterwerk der alten französischen Schule, in dem
nach stückericht aufgetauten Intrigen schließlich Geluntheit und
Entsagung über Stolz und Ständevorurtheile den allgemein
befriedigenden Sieg davontragen, würde an die Geduld der
Hörer keine geringen Anforderungen gestellt haben, wenn nicht
die große Kunst eines Coquelin das Interesse beständig wach
gehalten hätte. Coquelin als gibt den schlauen Advokaten
Destournelles, der die Seele des ganzen Intrigenstücks ist.
Er ist ein Sachwalter, der nie die Fassung verliert, schlau und
fein, ruhig und schlagfertig, dabei weiß er, auch wenn er vor-
nehm und ruhig sich gibt, wo es irgend angeht, immer ein sicher
treffendes komisches Moment in seinem Spiel anzubringen. Es
ist eine vollendete Mimikunst, die er uns zeigt. Alles ist klug
überlegt, die kleinste Nuance seines Mienenspiels, jedes Augen-
zucken, die leichteste Bewegung des Kopfes, der Hand, sein
ganzes Auftreten stellt den Triumph schauspielerischer Technik
dar. Ebenso weiß er seine kraftvolle, in allen Klängen klar
und scharf wirkende Sprache mit glänzend angepaßter Ab-
tönung zu den verschiedensten Effekten zu verwerthen. Im-
mer bietet er Abwechslung, immer festelt er und unter-
hält. Wir werden Coquelin heute in Molière kennen lernen
und sicher wieder neue Bize an ihm bewundern können. Was
wir gestern gesehen, war nicht nur interessant, es war, soweit
Coquelin eine Frage kommt zweifellos ein künstlerischer Ge-
nuß und wir müssen der Leistung des Hoftheaters dafür sehr
dankbar sein, daß sie uns die Bekanntschaft des hervorragenden
schauspielerischen Repräsentanten unseres hochbegabten Nachbar-
volkes vermittelt hat. Um auch über den Gesamtindruck des
gestrigen Gastspiels und die übrigen Darsteller zu berichten
müssen wir unser Urtheil um ein Beträchtliches herabstimmen.
Es liegt nahe, daß wir das Pathetische, das Getragene, das den
streng eingehaltenen Stil, die klassische Tradition des franzö-
sischen Theaters mit sich bringt, meist unverständlich und unnahe-
lich finden, da wir es gewohnt sind, den deutschen Schauspielern
seine Kunst mehr auf individuellen Anschauungen ruhend be-
handeln zu sehen; was naturgemäß seine Licht- und Schattenseiten
hat. Wir müssen hierbei aber in Betracht ziehen, daß der Fran-
zose auch in der alltäglichen Umgangssprache sich viel geradener
ausdrückt als wir; entsprechend muß daher auch das Schauspiel
in dieser Richtung weiter gehen als bei uns. Das ist nationale
Eigenart, die billigerweise bei Beurtheilung alles Ausländischen
von vornherein in Rechnung gestellt werden muß. Abgesehen
davon spielen uns Präludin Durand, die Frauenrechtlerin, in
der Rolle der jungen liebenden Helene nicht ganz an ihrem Platz.
Sie sprach schön und ausdrucksvoll spielte aber steif und gab uns
gerade für die betreffende Rolle doch etwas zu viel Pathos, zu
wenig Leben. Herr Coquelin der Jüngere that sich als geschickter
Darsteller hervor, der als Marquis Seiglière viel gute Momente
hatte, er gab seinem Marquis aber eine starke Komik, worunter
die Gelehrtes Vornehmheit, die ihm unserem Gefühl nach zu-
kommt, wohl etwas Noth thut. Frau Bouchet als Baronin
Baubert sowie die Herren Bolny, Violet und Chabert boten an-
nehmbare Durchschnittsleistungen. Im ganzen haben die fran-
zösischen Gäste einen starken Erfolg erzielt, der natürlich vor
allem Coquelin's Werk war. Das Publikum war nicht sehr
zahlreich erschienen, namentlich die mittleren Plätze (besonders
der II. Rang) zeigten größere Lücken, aber mit stichtlich hoch-
gepunktetem Interesse wurde die Aufführung verfolgt, besonders
Coquelin wurde sehr beobachtet. Die vielen Rundungen aus
dem Zuschauertraum haben den Gästen gezeigt, daß man ihrer
Kunst mit freundlichem Verständnis begegnete. Zum Schluß
errang noch Coquelin durch zwei "Monologues", die Erzählung
"le Sautrage" sowie eine weitere Verhöhnung des Fran-
zösischen, wie es die Engländer sprechen, einen starken Extr-
erfolg.

(Konzert Pablo de Sarasate und Berthe
Marx-Goldschmidt) Am Dienstag Abend konzertierten im
Museumsaal der berühmte Geigerkönig Pablo de Sarasate und
die treffliche Pianistin Frau Berthe Marx-Goldschmidt mit ganz
außergewöhnlichem Erfolg. Ihre hochangesehenen Künstler-
namen hatten begreiflicherweise auch heuer wieder eine große
Anziehungskraft ausgeübt. Sarasate hat die herrlichen
Symphonien des Schubert's, die sich sein Meisterbogen jedesmal
auf's neue erhebt, auch an diesem Abend reichlich erfahren.
Was immer bei diesem vornehmen Künstler so eigenhümlich
zu sein im Stande ist, neben dem wunderlieblichen, süßen
Ton und der tadellosen Reinheit und Erbauung der Technik, die
edle Art der Vortreibung vom Wesen seiner Kunst, von der er
innerlich völlig durchdrungen, und die er intensiv auf den
Hörer zu übertragen weiß. Der Künstler ließ das A-dur-
Konzertstück op. 29 von Saint-Saëns und einige eigene Kom-
positionen in kleinerer Form in vollendetester Wiedergabe

hören, unter gesteigertem, stürmischen Beifall. Die Mar-
x-Goldschmidt ist eine vollkommene Virtuosa,
welche im Klavierpart der das Konzert eröffnenden
Sonate op. 47 für Klavier und Violine von Beethoven ein
eminentes Können bewunderte. Beide Künstler spielen ein
schwierig vorzutragendes Werk, welches dem ehedem berühmten
großen Geiger Rudolf Kreutzer gewidmet ist, technisch in
höchster Vollendung, wenn auch nicht unerwähnt bleiben darf,
daß die Willkür in der Temponahme und die vielen von
Beethoven nicht beabsichtigten ritardandi dem Werk ein
Stempel eines Virtuosenstücks aufdrückt, wie er dem
eines Beethoven-Semmers nicht eben erwünscht. In den Solo-
stücken, Overtüre aus der 29. Cantate von Bach, Variations
F-moll von Haydn, Etude von Schöber und Don Juan
Phantasie von Liszt, ließ die Pianistin den ganzen Jambor ihrer
idealen und eleganten Reproduktionsvermögens zur Geltung
gelangen. Beide Künstler haben sich durch enthusiastischen Be-
fall zu mehreren, gerne gespendeten Zugaben veranlaßt, und
wurden am Schluß von Ihrer königlichen Hoheit der Groß-
herzogin, welche dem Konzert anwohnte, durch ehrenvolle
Ansprache ausgezeichnet.

(Frauenbildung - Frauenstudium.)
Dienstag den 4. Februar, Abends halb 9 Uhr, wird Frau
Natalie von Wilde aus Weimar im großen National-
saal einen Vortrag halten über das Thema: "Gegenwartig
und Zukunft der Familie"; da dieses Thema von
allgemeinem Interesse ist, machen wir unsere Leser schon heute
darauf aufmerksam.

(Schwurgericht vom 28. Januar.) Unter dem
Vorstehe des Landgerichtsraths Siegel wurde heute vor dem
Schwurgericht zunächst die Anklage gegen den 34 Jahre alten,
in Guggenau beschäftigten Fabrikarbeiter Josef Baum und
Waldmeier, wohnhaft in Winkel bei Neuhofen, wegen Ein-
lichtsverbrechens verhandelt. Wegen Gefährdung der Ein-
lichtsicherheit war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach der er-
höbten Anklage hat sich Baum am 5. November zu Winkel
an der geisteschwachen Rosa Scherrer in seiner Wohnung
eines Verbrechens der verurtheilten Nothdurft schuldig gemacht.
Der Angeklagte betrat dies und suchte dem Vorkange, der
sich am 5. November in seiner Wohnung zwischen ihm und
Rosa Scherrer abgespielt hat, eine harmlose Deutung zu geben.
Nachdem gegen ihn eine Untersuchung eingeleitet war, ging
Baum nach Basel; er kehrte aber nach einigen Tagen wieder
freiwillig nach Winkel zurück. Außer den sehr spärlichen Aus-
sagen der als Zeugin benommenen, geisteschwachen Rosa
Scherrer erbrachte die Beweisführung nur wenig Belangendes
gegen den Angeklagten, so daß die Geschworenen sich nicht en-
schließen konnten, Baum schuldig zu sprechen; sie verurtheilten
die Schuldfrage. Das daraufhin erlassene Urtheil lautet auf
Freisprechung. — Eine Anklage wegen Körperver-
letzung mit nachfolgendem Tode führte heute Nach-
mittag den 24 Jahre alten Metallarbeiter August Grau aus
Sprengen vor das Schwurgericht. Dem Angeklagten wurde zur
Last gelegt, daß er am 3. November auf der Dreifährte zu
Sprengen nach vorangegangenen unbedeutenden Zwischenfällen
dem Goldarbeiter Otto Schabinger mit dem Handgriff seines
Stoßes einen wichtigen Schlag auf den Hinterkopf verlegte,
durch den das Schädeldach eingeschlagen wurde, was zur Folge
hatte, daß Schabinger am 27. November starb. Nach dem be-
wiesenen Verbrechen erachteten die Geschworenen den Ange-
klagten nicht im Sinne der erhobenen Anklage schuldig, in
nahmensehr an, daß er sich einer das Leben gefährdenden
Körperverletzung schuldig gemacht habe. Sie bejahten deshalb
die diesbezügliche Schuldfrage, wie auch die Frage nach mildere-
nden Umständen. Der Angeklagte wurde demgemäß zu 6
Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Unt-
suchungshaft verurtheilt.

(Der Doppelmörder Herberger vor dem
Schwurgericht.) [Fortsetzung II.] Aus den Papieren des
Steiner hatte Herberger ersehen, daß dieser bei dem Mord
Wittlinger in Frankfurt seinen Koffer gesehen hat. Er ließ sich
den Koffer nach dem Scharhof schicken. Dies war sein Ver-
hängnis. Der Antrag zur geringen Schwurgerichtverhand-
lung war, wie schon erwähnt, ein ganz ungeheurer. Hunderte
von Menschen, die der Verhandlung anwohnen wollten, mußten
von den wachhabenden Schulkeuten zurückgewiesen werden.
Kurz vor 9 Uhr wurde der Angeklagte von zwei Genossen
ungefesselt in die Anklagebank geführt. Herberger ersehnte
als er saß. Er macht nicht im geringsten den Eindruck eines
Verbrechens. Sein Blick ist frei und unbefangen und die Art
seines Auftretens ist ruhig. Landgerichtsdirektor Dürr eröffnet
nach 9 Uhr die Sitzung. Auf die verlesene Anklage gab der An-
geklagte Herberger kurz eine Beschreibung seines Lebens-
laufes, wie wir ihn in unseren einleitenden Ausführungen bereits
geschildert haben. Er räumte darin seine verschiedenen Ver-
brechen, u. a. eine solche wegen Sittlichkeitsverbrechens ein.
Er erklärte, daß es sich in beiden Fällen nur darum gehandelt habe,
die Legitimationspapiere der Erschlagenen in seine Hände zu be-
kommen. Nachdem er in Schwelzingen einen Betrag veräu-
sert hatte, ging er nach Mannheim und Worms, kehrte aber später
wieder nach Mannheim zurück, wo er auf dem Scharhof Urtheil
sah. Nach dem Scharhof ließ Herberger die Karte des
Steiner von Frankfurt unter Nachnahme zuenden. Die
Koffer enthielten zahlreiche Kleidungsstücke, Stiefel und Wäcker.
Die Annahme, daß Herberger, schon ehe er den Steiner erschlug,
davon Kenntnis hatte, daß dieser seine Habsgüter einem
Frankfurter Wirthe zum Aufbewahren gegeben hatte, bezweifelten
der Angeklagte als durchaus unrichtig. Das gab Herberger aber
zu, daß er, nachdem er kurze Zeit auf dem Scharhof war, einen
Brief an den Frankfurter Wirthe gerichtet hat, in dem dieser
ersucht wurde, die Koffer sofort zu senden. Der Brief kam zur
Verlesung. Er war sehr geschickt und mit großer Ueberlegung
abgefaßt und vermied jede Bemerkung, die hätte Bedacht er-
regen können. Der Präsident fragte den Angeklagten am
Schluß der Einvernahme: Wie kamen Sie nur dazu, diese beiden
Menschen, die Ihnen doch gar nichts gethan hatten, zu er-
schlagen? — Angeklagter: Ich kann nichts anderes sagen,
als daß es eine unüberlegte Sache war. Wenn's mit Ueber-
legung hätte geschehen müssen, wäre es niemals geschehen.
Präsident: Haben Sie denn keine Sünden empfinden?
— Angeklagter: Erst nach der That habe ich Sünden empfun-
den. — Präsident: Wie stellen Sie sich es vor, wie Sie die
Papiere, die Sie sich angeeignet, hätten benutzen können, wenn
Sichelsperger und Steiner am Leben geblieben wären? — An-
geklagter: Das weiß ich nicht, daran habe ich nie gedacht.
Kurz nach halb 1 Uhr war die Einvernahme des Angeklagten
beendet. Es wurde darauf in das Zeugenvorhö-
getreten. Die beiden ersten Zeugen gaben Aufschluß über die
Auffindung der Leiche des Sichel'sperger. Weitergefragt, wie
eine Uhr oder Geld, wurden bei der Leiche nicht gefunden.
Der nächste Zeuge, Polizeikommissar Marx, gab in eingehender
Weise über die Erhebungen, welche unter seiner Leitung seit
Zeit gemacht wurden und die zur Ermittlung des Verbrechens
führten. Das Nähere darüber ist in der Einleitung des Pro-
zesses schon mitgeteilt. Bemerkenswert ist, daß Herberger den
Bericht der Papiere des Sichel'sperger und Steiner
anfanglich damit zu erklären suchte, daß er behauptete, die
Papiere von unbekanntem Handwerksburschen für 5 M. und
2 M. gekauft.

Von halb 2 Uhr trat bis 3 Uhr Mittagspause ein.
Nach Wiederaufnahme der Sitzung hat der Vorsitzende
Rechtsanwalt Diez unter Bezugnahme auf die in einigen

